



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

1. Mai-Kundgebung Saarbrücken

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai 2009 ist kein Feiertag.

Der 1. Mai 2009 ist ein Tag des Protests.

Ein Tag des Protests gegen alle, die die Lasten der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise auf dem Rücken der wirklichen Leistungsträger, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abladen wollen.

Wir protestieren gegen Arbeitsplatzvernichter, gegen Spekulanten an den Finanzmärkten und gegen die Renditejongleure in den Unternehmen.

Jahrelang haben sie Milliarden-Gewinne privatisiert.
Und jetzt wollen sie die Verluste sozialisieren.

Ich verspreche denen: Dieses Schurkenstück machen wir nicht mit!

In unserem Grundgesetz heißt es: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

Und: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Wer Recht und Gerechtigkeit mit Füßen tritt, der verlässt unseren Verfassungskonsens. Der zerstört die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Dagegen richtet sich unser Protest.

Kolleginnen und Kollegen,

Wir erleben einen Systeminfarkt des Finanzmarktkapitalismus.

Wir erleben den Bankrott des Neoliberalismus, der den Rendite-Wahn an die Stelle des Allgemeinwohls gesetzt hat.

Viele Millionen Menschen auf dem ganzen Erdball sind Opfer dieses Bankrotts.

Sie sind in ihrer Existenz bedroht.

Wer bis heute nichts aus den Ursachen der Krise gelernt hat, wer bis heute noch „Weiter so“ sagt, der verzapft gemeingefährlichen Unsinn.

Ungezügelter Kapitalismus, Neoliberalismus und
Marktradikalismus taugen nicht für ein gutes Leben für alle.

Ich warne vor den neoliberalen Geisterfahrern, den
marktradikalen Brandstiftern und den profitgierigen Bankrotteuren.

Ich warne vor den diplomierten Betschwestern des
Neoliberalismus.

In Arbeitgeberverbänden, in Parteien und in gesellschaftlichen
Institutionen treiben sie noch immer ihr Unwesen.

Ich sage euch: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass
dieser Münchner Professor keinen Unsinn schwätzt.

Ungezügelter Profitstreben und ungebändigte Märkte führen die
Menschheit in eine soziale und ökologische Katastrophe.

Sie zerstören den sozialen Zusammenhalt, sie zerstören die
Umwelt, und sie zerstören den Frieden auf der Welt.

Deshalb kämpfen wir für eine soziale Demokratie, für ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell.

Und die Unterschiede zwischen Neoliberalismus und sozialer Demokratie sind groß.

Sie wollen Lohndumping und prekäre Jobs.

Wir wollen gute Arbeit mit fairen Einkommen.

Sie wollen Umverteilung von unten nach oben.

Wir wollen Wohlstand für alle.

In den Betrieben wollen sie alleine herrschen.

Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung für die Beschäftigten.

Wir akzeptieren nicht, dass die Brandstifter heute den Feuerwehrmann spielen.

Die Beschäftigten brauchen ein Mitspracherecht, wenn es um ihre Arbeitsplätze, ihre Betriebe und ihre Zukunft geht.

Die Zeit der Gutsherren-Art ist vorbei!

Kolleginnen und Kollegen,

unser Modell einer sozialen Demokratie steht gegen die
Wolfsgesetze eines ungebändigten Raubtierkapitalismus.

Wir setzen Solidarität gegen Konkurrenz.

Bei uns helfen die Starken den Schwachen.

Lassen wir nicht zu, dass sie die Generationen gegeneinander
ausspielen.

Setzen wir uns ein für Solidarität zwischen Jung und Alt.

Lassen wir nicht zu, dass die Umwelt ausgebeutet wird für den
Profit.

Engagieren wir uns für eine Wirtschaft und Gesellschaft mit
ökologischer Nachhaltigkeit.

Lassen wir nicht zu, dass sie Deutsche und Ausländer in
Menschen erster und zweiter Klasse spalten.

Streiten wir für gleiches Recht für alle Menschen - unabhängig
von Herkunft und Hautfarbe.

Und gerade am 1. Mai sage ich:

Eine Milliarde Menschen auf der Welt leiden an Hunger.

Alle sechs Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung.

Aber im vergangenen Jahr wurden 1.340 Milliarden Dollar für Rüstung und Waffen ausgegeben. (Das ist die höchste Zahl seit Ende des Zweiten Weltkriegs.)

Ich schlage den Vereinten Nationen vor: Beschließen sie eine Verschrottungsprämie für Massenvernichtungswaffen!

Schütten sie die Friedensdividende an alle Menschen aus, die in Hunger, Not und Elend leben müssen.

Wir wollen eine Welt ohne Kriege.

Wir wollen eine gerechte und soziale Wirtschaftsordnung für die ganze Welt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind in der schwersten Krise des Kapitalismus seit der Großen Depression 1929.

Deshalb bangen an diesem 1. Mai viele Millionen Menschen um Arbeitsplatz und Existenz.

An die Regierung in Berlin und an alle Ministerpräsidenten appelliere ich: Nicht nur Banker, alle Menschen haben ein Recht auf Zukunft.

Seien es Automobilarbeiter, Bergleute oder die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten – sie alle haben das Recht auf einen staatlichen Rettungsschirm für die Betriebe. Sie alle haben Anspruch auf einen Schutzschild für Beschäftigte.

Geld arbeitet nicht!

Wir haben den gesellschaftlichen Reichtum erarbeitet.

Und nicht die verantwortungslosen Zocker an den Finanzmärkten, die ihren Reichtum in Steueroasen vergraben haben.

Minister oder Parteien, die nur Banken für „systemisch“ halten, solche Minister und Parteien haben keinen Anspruch auf die Stimmen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ein Parlament ist eine Volksvertretung, und nicht der Aufsichtsrat der Banken.

In was für einem Tollhaus leben wir denn, wenn dreistellige Milliardenbeträge für Banken der so genannte „common sense“ sind.

Einstellige Milliardenbeträge für Industrieunternehmen aber als marktwidrig verteuert werden.

Und in was für einem Tollhaus leben wir, wenn die Beteiligung arabischer Staatsfonds an einem der größten deutschen Industrieunternehmen bejubelt werden.

Wenn sich aber ein demokratischer Rechtsstaat an einem notleidenden Unternehmen beteiligt – dann wird dies als „marktwirtschaftlicher Sündenfall“ gebrandmarkt.

Ich sage Euch: Wer staatliche Hilfen und staatliche Beteiligungen zur Rettung von Betrieben ausschließt, der ist ein neoliberal verblendeter Serientäter.

Der nimmt soziale Katastrophen kalt lächelnd in Kauf, der weidet sich an der Zerstörung von Arbeitsplätzen und Regionen.

Ihr alle im Saarland wisst, was es heißt, wenn ganze Industriebranchen weg brechen.

Ihr wisst, wie wichtig es ist, dass der Staat eingreift, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Denn nur dann haben auch junge Menschen, denn nur dann haben ganze Regionen eine hoffnungsfrohe Zukunft.

Der Markt regelt das nicht, und der Finanzmarktkapitalismus erst recht nicht.

Kolleginnen und Kollegen,

in den Betrieben kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz. Das ist das Gebot der Stunde.

Für manche Unternehmen geht es ums Überleben.

Wir arbeiten mit allen Arbeitgebern zusammen, die bereit sind,
Arbeit zu sichern und Lasten fair zu teilen.

Wir bekämpfen aber jene Arbeitgeber, die aus der Krise noch
ihren Profit ziehen wollen, die Löhne und Gehälter drücken
wollen.

Wer mitten in der schweren Absatz- und Exportkrise die Kaufkraft
im Inland abwürgen will, der ist ein notorischer Brandstifter. Der
treibt unsere Volkswirtschaft in den Ruin.

Deshalb ist dieser 1. Mai ist ein Tag des Protests.

Auch in den nächsten Wochen und Monaten werden wir in den
Betrieben Gegenwehr leisten.

Die Krise und ihre Folgen sind nicht ausgestanden.

Ich befürchte: Das Schlimmste steht noch bevor.

Der Kampf um Arbeitsplätze, die Auseinandersetzung um die
Verteilung der Krisenlasten, der Erhalt unserer sozialen

Sicherungssysteme – also der Kampf um unsere Zukunft, all das erfordert unsere ganze Kraft.

Ihr im Saarland wisst, Arbeitnehmer haben nie etwas geschenkt bekommen.

Hier weiß man zu kämpfen.

Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir die nächsten Wochen und Monate gut bestehen werden.

Bedenkt dabei: In allen gewerkschaftlichen Kämpfen galt immer: Einigkeit macht stark.

Glückauf und Danke schön.